

Die Revolution 2.0

Die Rolle des Internets bei der Bildung einer Zivilgesellschaft

Bereits vor mehr als 50 Jahren wurden Daten zwischen Computern ausgetauscht, doch dass die Geburtsstunde der digitalen Kommunikation einmal so wichtig werden würde wie der erste Buchdruck, konnte damals noch niemand ahnen.

René Jaquett

Das Internet diente anfänglich der militärischen Nutzung, wurde jedoch schnell auch für Universitäten und andere Forschungseinrichtungen entdeckt. Doch alle Experten waren sich einig, das Internet sei kein Medium für die breite Masse, da es zu komplex und diffizil sei und es darüber hinaus auch keinen Bedarf gebe, den das Internet decken könnte. Auch sahen sie darüber hinaus keinen Bedarf für die Bildung einer weiteren, fortführenden Organisation oder den Ausbau des Internets.

Das Internet war nur für einige »Freaks«

Im Gegensatz zur damaligen Experten-Meinung stieg die Zahl der Internetuser jedoch rasant und kontinuierlich an. Hierzu konnten die bereits vorhandenen Telefonanschlüsse genutzt werden. Darüber hinaus wurde die notwendige PC-Hardware exorbitant günstiger. Waren die ersten Rechner noch sehr komplex und nur von Fachleuten bedienbar, wurde die Benutzerfreundlichkeit der Computer jedoch relativ schnell auf ein bedienerfreundlicheres Niveau verbessert. Dieses Niveau ermöglichte es so sukzessiv, dass nun auch ein elitärer Kreis von Laien die grundlegenden Funktionen des Computers bedienen konnte. So konnten erst Studierende und Forscher die neue Technik nutzen und davon profitieren. Nach und nach kamen immer mehr Anwendungsgebiete hinzu, wodurch sich auch der Kreis der Nutzer auf die weitere Bevölkerung ausbreitete. Trotz alledem war die intensive Nutzung des Internets als Kommunikationsplattform nur einigen wenigen »Freaks« vorbehalten. Bis zu diesem Zeitpunkt stellte sich in dieser Thematik nie die Frage, inwieweit das Internet das Zusammenleben in einem

Staat beeinflussen würde, weil die Verbreitung und die Frequentierung des Internets damals gering und das Wissen über das Internet nicht sehr prononciert war.

Erst die Entwicklungen des Web 2.0 (zum Beispiel Twitter / YouTube / Facebook / Blogging) haben die Nutzung des Internets für zivilgesellschaftliche Zwecke interessant gemacht. Nun partizipierten auch Menschen mit nur geringen PC-Kenntnissen davon, indem sie zum Beispiel Blogs einrichteten, Videos veröffentlichten oder Nachrichten und Fotos der ganzen Cyber-Welt zugänglich machen konnten. Auf diese Weise könnte die breite Masse zum medialen »Watchdog« werden, da jeder mit seinem kamerafähigen Handy Videos drehen oder in seinem Blog aktuelle Geschehnisse aus seiner direkten Umgebung einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen kann. Die Äußerung der freien Meinung ist grundlegend für die Bildung einer Zivilgesellschaft. Eine Zivilgesellschaft, die aus der Initiative von Demokratieaktivisten und Menschenrechtlern entsteht, kann langfristig zur Bildung einer mannigfaltigen Landschaft von NGOs, Aktionsbündnissen und Bürgerinitiativen führen, die den demokratischen Prozess in einem Staat vorantreiben können. Nur in einem Land in dem man seine Meinung frei und unzensiert äußern darf, kann es zu transparenten politischen Prozessen und einer guten Regierungsführung kommen. Damit die Zivilgesellschaft von der Nutzung des Internets entsprechend profitieren kann, müssen zwei im Folgenden betrachtete Voraussetzungen erfüllt sein:

Einerseits muss eine ausreichende Breitbandversorgung existieren, andererseits muss der Zugang zum Netz ohne Beschränkungen und ohne die Befürchtung einer Repression für die Nutzer erfolgen können.

Ist eine unzensierte und uneingeschränkte Internetnutzung möglich?

Inwiefern ist es den Menschen in Südostasien also überhaupt möglich, regelmäßig, unzensiert und uneingeschränkt auf das Internet zuzugreifen? YouTube und

Der Autor studiert Politikwissenschaft, Soziologie und Ethnologie in Trier. Seine Magisterarbeit hat das Thema »Good Governance und Internet in Südostasien«. Zeitgleich arbeitet er als IT-Spezialist.

Co. verursachen den Fluss von großen Datenmengen und darüber hinaus bedarf es zur Nutzung auch noch der notwendigen Hardware. Diese Hardware ist aber, im Verhältnis zum südostasiatischen Durchschnittseinkommen, sehr teuer. Um eben diese großen Datenmengen auch bewältigen zu können, ist es weiter von Nöten, neben der notwendigen Energie auch über einen durchgängig stabilen Breitbandanschluss, welcher nur eine sehr geringe Anzahl von Verbindungsabbrüchen aufweisen sollte, zu verfügen. Um allerdings eine Twitter-Nachricht zu verfassen oder den Blog durch eine ergänzende Textnachricht zu aktualisieren, bedarf es lediglich eines Handys, welches über einen mobilen Internetanschluss verfügt, oder eines Netbooks, welches per W-LAN oder über das Handynetz mit dem Internet verbunden ist.

Daher ist es interessant, dass statistisch gesehen jeder Bürger in Thailand ein Handy hat. Nur wenig schlechter ist die Versorgung im gesamten südostasiatischen Raum, denn 61 Prozent aller Indonesier und 75 Prozent aller Filipinos haben beispielsweise ein Handy, welches oftmals internetfähig ist. Doch zu beachten ist auch, dass lediglich ca. sieben Millionen

(10,7 Prozent der Gesamtbevölkerung) der Menschen in Thailand über einen internetfähigen Telefonanschluss verfügen.

Kaum besser ist die Situation im Rest der Region. 30 Millionen (12,5 Prozent) Indonesier, vier Millionen (16 Prozent) Malaysier und 29 Millionen (33 Prozent) Vietnamesen haben einen internetfähigen Telefonanschluss. Allerdings ist deutlich zu machen, dass in diesem Falle internetfähig nicht bedeutet, dass hier das Internet

ausreichend genutzt werden kann, denn dazu wird oft wie oben näher ausgeführt, weitere Hardware benötigt und es entstehen weitere Kosten. Nach Angaben des World Factbook gibt es zwar immerhin sieben Millionen internetfähige Telefonanschlüsse in Thailands Privathaushalten, aber nur zwei Prozent aller Haushalte verfügen auch über den für die Internetnutzung empfohlenen Breitbandanschluss.

Zur Nutzung des Internets in Thailand ist zu sagen, dass beispielsweise 16,1 Millionen Menschen (23 Prozent der Gesamtbevölkerung) das Internet regelmäßig nutzen. Diese Nutzung findet demnach weniger zu Hause statt, sondern mehr im öffentlichen Raum (In-

ternetcafés). Schlechter sieht die Situation in Indonesien aus, wo nur 18 Millionen Menschen (acht Prozent) das Internet nutzen können, und auf den Philippinen, wo auch nur knapp sechs Millionen Menschen (sechs Prozent) Zugang zur »digitalen Welt« haben. Erschwerend kommt hinzu, dass nahezu alle privaten Breitbandanschlüsse nur in den Ballungszentren installiert worden sind. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Anbindung an das weltweite Netz in keiner Art und Weise mit europäischen Standards vergleichbar ist. Dies liegt zum einen am häufigen Verlauf der empfindlichen Überseekabel durch tektonisch aktive oder von Stürmen geprägte Gebiete. Zum anderen ist die verwendete Technik oft nicht auf dem neuesten Stand, sie wird schlecht gewartet und bietet nur eine geringe Ausfallsicherheit. Erst im August 2009 trat so ein Störfall ein, bei dem während eines Sturms ein Überseekabel gekappt wurde. Vielfach haben aufgrund solcher Störungen ganze Staaten Verbindungsprobleme. Dies führt zu erheblichen Ausfällen oder Beeinträchtigungen einer etwaigen Internetnutzung.

Auf diese große Anzahl der langsamen Internetanschlüsse haben die Betreiber einiger bekannter Web-



seiten reagiert und eine »Light Version« zur Verfügung gestellt, in der die Inhalte so aufbereitet sind, dass weniger Traffic entsteht (Beispiel: <http://www.manager.co.th/>). Diese Internetseiten können auch problemlos mit modernen Handys und einem EDGE Anschluss aufgerufen werden.

Doch eine große Nutzerzahl alleine belegt nicht, dass das Internet als Kommunikationsplattform oder als Basis einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung dient. Denn oftmals standen bisher Internetseiten, die Spiele anbieten, Erotik präsentieren oder News aus dem Boulevard veröffentlichen, an der Spitze der Liste der am meisten frequentierten Homepages in Südostasien.

Erst in den letzten Jahren etablierten sich langsam die so genannten »Social Networks« in den Toplisten, was als Indiz für eine Netzwerkbildung im Internet anzusehen ist. Diese Netzwerke bilden einen Schnittpunkt zwischen dem realen und dem digitalen Leben, da hier Freundschaften gepflegt oder neu geknüpft, Gruppen gebildet und die unterschiedlichsten Leute unter einer These zusammengebracht werden oder es zu einem regen Austausch über die Landesgrenzen hinweg kommt.

»Blacklists« immer wieder gern genommen

Hier kommt die zweite oben genannte Voraussetzung ins Spiel. Denn welchen Nutzwert haben alle technischen Innovationen oder Ideen, die Menschen über die Grenzen hinweg verbinden, wenn durch Regierungsstellen immer wieder künstliche digitale Grenzen gezogen werden? Es scheint nahezu belanglos, ob Blacklisting – dem Sperren einzelner Internetseiten, Whitelisting – dem Zulassen nur ausgewählter Internetseiten oder eine Firewall – der selektiven Filterung und Blockierung des gesamten Internetverkehrs anhand bestimmter Regeln – eingesetzt werden, um unerwünschte Inhalte zu filtern. Diese und andere Maßnahmen in den einzelnen Ländern Südostasiens variieren sehr stark. Für eine Regierung oder ein Staatsorgan ist es relativ leicht bestimmte Webseiten landesweit zu sperren, wenn die notwendigen technischen Voraussetzungen geschaffen worden sind. Diese Voraussetzungen werden, wie auch zum Beispiel in westlichen Staaten, oftmals geschaffen, um nominell Kinderpornographie oder extremistische Inhalte auszublenden und somit nicht frei verfügbar zu machen. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass diese »Sperrlisten«, meist »Blacklists« genannt, schnell und beliebig erweitert werden können. So können unerwünschte Inhalte seitens Regierungsstellen leicht und für den User unauffällig ausgeblendet werden. Anfänglich wurden beispielsweise in Thailand zuerst weit mehr als 30.000 königs- und regierungskritische Internetseiten gesperrt, doch schnell kamen auch westliche Nachrichtenseiten (BBC, CNN und viele mehr) oder Web 2.0 Anwendungen wie YouTube und Google Video hinzu. Vorsichtige Schätzungen aus der Bloggerszene gehen von weit über 100.000 gesperrten Seiten aus. Zwar werden so in Thailand mit der Blacklisting-Methode, die oftmals der günstigste und schnellste Weg ist, viele Inhalte gesperrt. Allerdings können die Nutzer in Thailand ohne überwacht zu werden Instant Messaging Dienste, wie ICQ oder MSN, und direkte Chats nutzen. Manche dieser Sperrungen, wie bei YouTube, wurden wieder aufgehoben, jedoch bleiben viele Websites wohl auch in Zukunft für Nutzer des Internets in Thailand gesperrt.

Auch in Indonesien wird per Gesetz die Verbreitung von pornographischem Material oder von extremisti-

schen Schriften verfolgt. In diesem Rahmen wurde eine Software implementiert, die es der Regierung ermöglicht, zeitnah Webseiten nach Belieben zu sperren und Verstöße mühelos zu ahnden. So wird das Betreiben einer Webseite mit pornographischen Inhalten mit bis zu sechs Jahren Haft bestraft.

Ein weiterer, Menschen in ihrem Handeln beeinflussender, Aspekt ist die Aufzeichnung der Internetaktivitäten der Nutzer. Da vielen Usern diese Überwachungen bekannt sind, was jedoch nicht als selbstverständlich angesehen werden kann, meiden sie kritische Inhalte. Stattdessen bevorzugen sie zunehmend Portale, deren Inhalte hauptsächlich der Unterhaltung, der Kommunikation und der Information dienen. Exemplarisch ist die Abnahme der Nutzerzahlen königskritischer Webseiten in Thailand, ebenso wie sich die Zahl der veröffentlichten Webseiten verringert hat. Dies kann allerdings auch ein Anzeichen für eine Verlagerung von kritischen Inhalten sein. Letztere können in kleinen, gut geschützten Foren oder Newsgroups sicherer verbreitet werden, da der Zugang zu solchen Foren nur auf Einladung erfolgt. Direkte Verbindungen sind schwerer zu überwachen, aber auch diese Netzwerke können durch Trojaner, Spitzel oder schlicht durch Denunziantentum unterwandert werden.

Insgesamt stellt sich die Frage, inwiefern das Internet überhaupt kontrollierbar ist. Viele Nutzer, Blogger schätzen, dass bis zu 40 Prozent der Bevölkerung in Thailand, Indonesien und Malaysia, Anonymisierungsprogramme wie Tor gebrauchen, um eine Rückverfolgung kompliziert bis unmöglich zu machen. Zahlreiche Hacker haben auf die Sperren reagiert und Programme geschrieben und verbreitet, die ein Umgehen der Sperren ermöglichen. Es ist das berühmte »Katz und Maus Spiel«, in dem die Hackergemeinde aufgrund ihrer mengenmäßigen Überlegenheit stets führend, also immer einen Schritt voraus ist. Allerdings profitieren derzeit nur wenige Leute von dieser Arbeit, da die Umsetzung oftmals einschlägige Computerkenntnisse voraussetzt.

Wie schwer es den Regierungen tatsächlich fällt, das Internet in seiner Gänze zu beherrschen, zeigt sich in Thailand eindrucksvoll. Seit mehr als 90 Tagen (22.2.2010) warnt www.google.de vor der Nutzung der Seite des thailändischen Senates (www.senate.go.th). Googles Programm Safer Browsing soll vor Webseiten mit Trojanern, Malware oder Viren warnen und erledigt dies auch zuverlässig. So auch bei www.senate.go.th mit einer deutlichen Meldung: »Diese Website ist als verdächtig eingestuft. Das Aufrufen dieser Website kann schädlich für Ihren Computer sein!«. Auf der Website wurden diverse Möglichkeiten installiert um die Computer der Benutzer, ohne dass sie diese Manipulation bemerken, zu schädigen oder mit Trojanern zu infizieren. Hierdurch können die Nutzer ausspioniert und verfolgt werden. Grundsätzlich gibt es zwei Szenarien: Entweder hat die thailändische Regierung oder der Senat den Auftrag

hierzu gegeben oder Hacker haben die Seite gekapert und missbrauchen, ohne das Wissen der Regierungsstellen, die Seite um ihre Schadsoftware zu verteilen. Trotz der Tatsache, dass es eigentlich unwahrscheinlich scheint, dass ein Regierungsorgan seit mehr als 90 Tagen nichts von diesen Aktivitäten mitbekommen haben soll, scheint das zweite Szenario – also die Kaperung der Website durch Hacker – als wahrscheinlicher, denn nach längerer Recherche habe ich festgestellt, dass die Ursprungsseiten dieser Schadsoftware im russischen Raum anzusiedeln sind. Russische Server sind oft Ursprung dieser Hackerattacken und auch die Tatsache, dass weitere Server weltweit diese Schadsoftware enthalten, spricht für eine feindliche Übernahme. Darüber hinaus kommt auch die Prüfung durch google.de zu dem Schluss: »Gelegentlich wird von Dritten bössartiger Code in legitime Websites eingefügt. In diesem Fall wird unsere Warnmeldung angezeigt.« Hier wird klar, dass die Regierungen das Internet nicht vollends »beherrschen« können und es somit auch keine totale Überwachung geben kann. Aufgrund dessen wird es Regierungen nur sporadisch und stichpro-

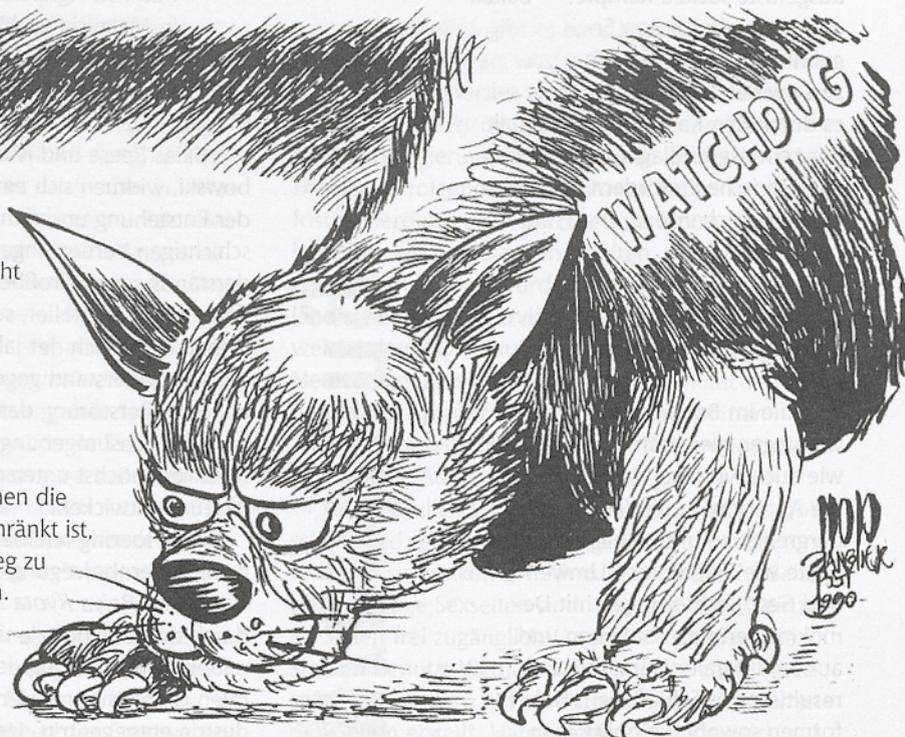
Protesten aller Art. In zweiter Instanz, vor dem Obersten Gericht in Tangerang, wurde die Frau freigesprochen, ein Grund dafür dürfte der, durch die Internetnutzer erzeugte, große öffentliche Druck gewesen sein. Im Nachgang versprach die Regierung das umstrittene Cybergesetz, welches in der Kritik steht, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, zu überarbeiten. Dieses Beispiel zeigt, dass das Internet eine Plattform für eine Initialzündung sein kann, die eine gute Regierungsführung oder Rechtsstaatlichkeit nach sich zieht.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Entwicklungen des Web 2.0 eine große Chance für die Zivilgesellschaft sind. Durch diese neuartigen Kommunikationswege bestehen weitere Möglichkeiten der Vernetzung und der Informationsverbreitung. Durch das so entstehende Netzwerk werden lokale Aktionsgruppen weltweit vernetzt und können sich so gegenseitig unterstützen, Ideen austauschen oder Aktionen absprechen. Allerdings sollte man bei aller Euphorie bedenken, dass die Zugangsbeschränkungen für viele Menschen in Südostasien sehr hoch sind und eine Überwachung oder Beschränkung des Internets durch

benartig gelingen, das gesamte Internet zu kontrollieren – wenn sie das Internet nicht generell sperren.

Die Internetnutzer als medialer »Watchdog«

In Staaten wie Thailand, in denen die Meinungsfreiheit stark eingeschränkt ist, kann das Internet ein erster Weg zu einem öffentlichen Diskurs sein. Durch Berichterstattungen von Prozessen oder Festnahmen via YouTube, Twitter oder Blogs finden auch die für die Regierungen unbequemen Nachrichten zu den Menschen. Die Internetnutzer stellen eine breite Masse dar, die als medialer »Watchdog«, Prozesse in Richtung einer besseren Regierungsführung oder erhöhter Rechtsstaatlichkeit anstoßen können. So wurde beispielsweise 2009 in Indonesien der Fall einer in erster Instanz verklagten Frau, die durch eine Beschwerde-Email den Ruf eines Krankenhauses geschädigt haben soll, durch entsprechende Aktivitäten von Facebook-Nutzern und Bloggern einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Aufgrund dessen haben sich die Proteste gegen das Urteil adäquat ausgeweitet. So kam es zu Demonstrationen und



die Regierungen sich negativ auf eine zivilgesellschaftliche Entwicklung auswirken können. Projekte wie One Laptop per Child, Initiativen der Weltgemeinschaft für eine bessere globale Vernetzung und der unerbittliche Kampf von NGOs für Meinungsfreiheit schaffen ein digitales Band, welches zukünftig in der Lage sein wird, reale Grenzen überschreiten zu können. Je dichter das Netz gespannt ist, desto mehr Menschen sind miteinander verbunden. So können aus Ideen Bewegungen werden.